

# Pooling und Sharing - oder wie Europas Staaten ihre Verteidigungsfähigkeit aufs Spiel setzen \*

*Christian Mölling*

Wie durch ein Vergrößerungsglas zeigen sich am Libyeneinsatz der Nato schwere Missstände in der europäischen Verteidigung. Nicht nur, dass Europas Verteidigungsfähigkeit chronisch unterentwickelt ist und die Unterstützung durch die USA schwindet: Die Ressourcen, mit denen die Staaten diese Defizite bearbeiten könnten, schrumpfen ebenfalls dramatisch. Die Budgetknappheit hat strategische Folgen. Anders als die „normale“ Unterfinanzierung europäischer Verteidigungsapparate in der letzten Dekade verändert sie schlagartig und langfristig Mittel und Ziele der Militärpolitik. Wenn Europa den rasanten Abbau seiner Verteidigungsressourcen nicht stoppt, wird dieser die Struktur von Streitkräften und Rüstungsindustrie umwälzen. Am Ende dieses Prozesses wird ein Europa stehen, das nicht imstande ist, seine strategischen Interessen außerhalb seiner Grenzen zu verteidigen.

In den verteidigungspolitischen Kommuniqués von Nato und EU gilt Pooling und Sharing (P&S) derzeit als technokratische Wunderwaffe gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit. Dass die Staaten vom Zusammenlegen militärischer Fähigkeiten ökonomisch profitieren, erscheint plausibel. Ungeklärt bleibt aber, wie die notwendige Einschränkung von Souveränität gelingen soll. Entsprechend dürftig sind die Erfolge der bislang gestarteten Initiativen. Zudem ersetzt P&S weder die Investitionen, die erforderlich sind, um fehlende militärische Fähigkeiten zu beschaffen, noch den politischen Rahmen, der definiert, wozu diese Fähigkeiten genutzt werden sollen. Statt nach immer neuen Einzelprojekten Ausschau zu halten, müssen die Staaten Antworten auf diese heiklen Fragen finden. Im Augenblick läuft Europa Gefahr, eine weitere sinnvolle Möglichkeit zu zerreden, seine Verteidigungsfähigkeit zu bewahren.

## **Europa ohne Verteidigung**

Am 6. Juli 2011 hat Italien Kriegsgeschichte geschrieben: Aus Spargründen beorderte es seinen Flugzeugträger aus dem Libyeneinsatz der

Nato zurück; das erste Mal, dass ein Staat Kriegsgeschichte wegen Geldmangels aus einer laufenden Operation abzog. Dahinter steht ein neues Paradigma in Europas Verteidigungspolitik: der verteidigungsökonomische Imperativ, also der unbedingte Vorrang des Sparens. Gleichzeitig rasch, drastisch und dauerhaft gekürzte Militäretats sind zum strategischen Faktor geworden. Jenseits sicherheitspolitischer Interessen und Risiken sind sie schon heute nicht mehr nur dafür ausschlaggebend, wie viele und welche Mittel verfügbar sind, sondern auch, welche militärischen Ziele die europäischen Staaten verfolgen. Deshalb steht Europa vor der Wahl: Entweder es organisiert seine Verteidigung effektiver oder es gibt seine Verteidigungsfähigkeit auf.

Die Staaten bestehen nach wie vor darauf, selbst über Ausrüstung und Aufbau von Streitkräften zu entscheiden. Das konterkariert die Bemühungen von EU und NATO, wegbrechende Mittel durch Effizienzsteigerung auszugleichen, etwa mit mehr Kooperation. Solche nationalen Egoismen haben drei chronische Probleme verursacht. Was die Fähigkeitsbereitstellung betrifft, haben EU und Nato-Staaten zwar mit Initiativen und Mechanismen (NATO Capability Initiative, EU Headline Goal) ein Problembewusstsein für ihre Fähigkeitslücken geschaffen. Nur selten aber können die Staaten sich auf zusätzliche Ressourcen einigen, die nötig wären, um neue Lücken zu schließen. Zudem haben EU und Nato kaum Einfluss auf die Rüstungsproduktion. Statt an gemeinsamen verteidigungspolitischen Zielen orientiert diese sich an nationalen technologie-, industrie- und strukturpolitischen Erwägungen. Das größte Defizit ist die weitgehende Trennung von Fähigkeitsbereitstellung und Rüstung. Zwar wenden Europas Armeen in gemeinsamen Einsätzen, also unter identischen operativen Bedingungen, regelmäßig die gleichen Fähigkeiten an, entwickeln und produzieren sie aber zumeist national. Rüstungsinstitutionen wie OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en matière d'Armement) sind nur schlecht mit EU oder NATO verbunden, die

konzeptionellen Grundlagen für Fähigkeitsentwicklung und Rüstung divergieren. Deshalb werden auch die Aufwendungen der Staaten für die Fähigkeiten nicht effektiv investiert.

Der Libyeneinsatz der Nato ist nur das jüngste Beispiel für die beschriebenen ständigen Mängel. Die dabei zutage getretene Abhängigkeit Europas von den USA gibt einen Vorgeschmack auf die Zeit, in der die USA ihren sicherheitspolitischen Schwerpunkt nach Asien verlagern und für europäische Sicherheitsbelange nicht mehr wie bisher zur Verfügung stehen werden. So mangelte es in Libyen an Aufklärungsmitteln und Flugzeugen. Polen und die baltischen Staaten konnten an der Operation nicht teilnehmen, weil sie schlicht nicht über die Ausrüstung verfügten. Vor allem aber fehlt den Europäern die globale elektronische Schnittstelle C4ISTAR, die alle Informationen zusammenbringt und Waffensysteme untereinander verbindet. Ohne diese Schnittstelle, die derzeit nur die USA besitzen, ist Europa militärisch weitgehend blind und taub. Rund 90% der Militäraktionen in Libyen wären ohne Washingtons Hilfe nicht möglich gewesen.

Der Verlust der europäischen Verteidigungsfähigkeit ist also keine Zukunftsmusik mehr. Weder ein europäischer Staat allein noch Europa insgesamt wären derzeit in der Lage, Interessen mit militärischer Macht über eine Entfernung von kaum 1000 Kilometern durchzusetzen. Der desaströse Zustand europäischer Verteidigungsfähigkeit kollidiert nun mit den Auswirkungen der Finanzkrise. Was das bedeutet, wird schon jetzt, drei Jahre nach Beginn der Krise, am rasanten Abbau von Fähigkeiten deutlich. Weitgehend unerkannt hingegen sind die langfristigen Folgen. Schon die ersten Ausläufer der Finanzkrise 2009/10 haben den Verteidigungssektoren vieler europäischer Länder schnell und massiv Ressourcen entzogen. Die größten Einschnitte mit bis zu 30% betreffen vor allem kleinere Staaten wie Bulgarien. Die meisten mittleren Staaten kürzen ihre Budgets um 10 bis 15%, die großen

wie Deutschland und Großbritannien bislang um weniger als 8%. Daneben gibt es Ausnahmen wie Schweden oder Frankreich, deren Militäretats noch verschont wurden. Mittelfristig aber wird kein Staat seinen Verteidigungssektor vor Sparmaßnahmen bewahren können, denn die Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte Europas sind eine enorme langfristige Belastung. Zudem wächst die Neuverschuldung wegen der Krise weiter. Damit steigen die Überschuldungsrisiken für Staaten und Finanzsysteme. Weiterer Schuldenabbau ist unverzichtbar. Um die Schulden dauerhaft auf das Niveau vor der Finanzkrise 2008 zu drücken, müssten die EU-Staaten laut Schätzung der Europäischen Kommission die nächsten 20 Jahre 1% ihres BIP allein für die Tilgung aufwenden. Zurzeit entspräche das 120 Mrd. Euro pro Jahr. Dabei müsste das Sparen sofort beginnen und die Krise dürfte sich nicht weiter verschärfen. Die Prognosen für die nächsten Jahre lassen jedoch zu schwaches Wachstum befürchten. Schuldendienst und Schuldenabbau müssen also mit weiteren Haushaltskürzungen erwirtschaftet werden. Wegen Vertragsbindungen kann bei Rüstung und Personal kurzfristig aber nur wenig gespart werden. Beide Bereiche müssen über neue Schulden oder andere Haushalte alimentiert werden. Der demographische Wandel und die sinkende Legitimation für Streitkräfte werden mittelfristig den Druck erhöhen, Gelder aus dem Verteidigungsetat abzuziehen und auf andere Haushalte zu verteilen.

### **Erste Auswirkungen: rasanter Abbau militärischer Fähigkeiten**

Die Sparmaßnahmen, die die Verteidigungsminister in den letzten 12 Monaten beschlossen haben, liegen schon jetzt jenseits der »normalen« Unterfinanzierung der Verteidigungsapparate. Großbritannien und Deutschland, zwei der drei größten europäischen Truppensteller, haben ihre verteidigungspolitischen Ambitionen gesenkt und werden künftig deutlich weniger Soldaten einsatzbereit halten. Frankreich wird 2012 folgen. Die traditionelle Seemacht Großbritannien stellt über Nacht ihren Flugzeugträger außer Dienst; fabrikneue Seeaufklärer werden gleich wieder zerstört. Die Niederlande legen ihre soeben modernisierten Kampfpfanzter still.

Eine weitere Schwächung der Fähigkeiten und größere Lücken sind bereits absehbar. Wenn Europa die Folgen des verteidigungskono-

mischen Imperativs weiter ignoriert, läuft es Gefahr, seine militärische Handlungsfähigkeit durch einen ungesteuerten Strukturwandel von Streitkräften und Rüstungsindustrie einzubüßen. Anfangs wollten die Staaten die Finanzkrise als Chance nutzen, um gemeinsam bei den Armeen »überflüssiges Fett« aus den Zeiten des Kalten Krieges abzuschmelzen und so Europas militärische Muskeln zu stärken. Reagiert haben sie auf die Krise aber wie üblich: mit nationalen Reduzierungen, ohne sich mit den Verbündeten abzusprechen. Doch diese Rezepte taugen nicht mehr, sie schaden sogar. Die Staaten dünne lediglich ihre Ausrüstung aus, verkleinern aber nicht das Aufgabenspektrum, das sie abdecken wollen, also ihre Rollenspezialisierung. So werden die militärischen Muskeln eher geschwächt und in manchen Bereichen, etwa bei Jagdflugzeugen, wird sogar noch Fett zugelegt.

Anhaltende Kürzungen werden Europas Verteidigungsfähigkeit in drei Wellen treffen. Zunächst verringern sich die militärischen Fähigkeiten, dann die rüstungsindustriellen Kapazitäten und schließlich die technologische Kompetenz. Dies ist in Ansätzen schon zu erkennen. Je offenkundiger die Misere wird, desto weniger kann Europa noch gegensteuern. Welche Fähigkeiten es in 20 Jahren besitzen wird, entscheidet sich deshalb in den kommenden drei bis fünf Jahren. Danach könnte Europa so viel gespart haben, dass Kooperation mangels Gegenstand nicht mehr zustande kommt.

In der ersten Welle bilden sich in den nächsten fünf Jahren 27 Bonsai-Armeen in Europa. Wegen der nationalen Sparbemühungen werden zuerst die vorhandenen Truppenkörper kleiner und dann ihr Fähigkeitsspektrum. In Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird es Miniaturausgaben von Armeen geben, die zwar nahezu das gesamte Fähigkeitsspektrum abdecken, aber kaum noch militärische Durchschlagskraft besitzen. Die kleinen und mittleren Staaten aber befinden sich schon in einem Wettlauf nach unten. Sie geben unilateral ganze Fähigkeitsbereiche auf und verlassen sich auf jene, die solche Fähigkeiten noch besitzen, wenn es darum geht, damit verbundene Aufgaben in EU und NATO zu übernehmen. Mit dieser unbeabsichtigten Rollenspezialisierung weiten sich Fähigkeitslücken eher aus, als dass sie sich schlössen. Überdies tut sich eine Modernisierungslücke auf. Die großen Staaten erneuern ihr Militär zwar langsamer, aber kontinuierlich. Doch etliche mittlere und kleinere Länder sind gezwungen, die Weiterent-

wicklung ihrer Streitkräfte zu verschieben. Viele Staaten können darum nur noch marginale Beiträge zu gemeinsamen Operationen im Rahmen der EU oder NATO leisten. Damit reduzieren sich ihre Möglichkeiten, über eigene militärische Beteiligung auch an sicherheitspolitischen Entscheidungen und damit an der Gestaltung gemeinschaftlicher Sicherheitspolitik mitzuwirken. Auf diese Weise lassen Fähigkeits- und Modernisierungslücke auch die Solidarität erodieren.

In der zweiten Welle innerhalb von fünf bis zehn Jahren wird die Rüstungsindustrie Europa verlassen. Die Haushaltskürzungen werden Europas Staaten davon abhalten, große neue Rüstungsprojekte aufzulegen. Während jedoch der europäische Markt schrumpft, wachsen alle anderen, insbesondere in Asien und Südamerika. Deshalb werden die in Europa ansässigen Industrien versuchen, über Kooperationen, Exporte und Produktionsverlagerungen Zugang zu diesen neuen Märkten zu erhalten. Europäische Firmen werden dann Teil einer globalisierten Rüstungsproduktion sein und noch mehr als heute miteinander wetteifern. Damit steigen auch die Abhängigkeiten von außereuropäischen Partnern und Lieferländern. Im Vergleich dazu wird die staatliche Sorge um die innereuropäische Versorgungssicherheit bei Rüstungsgütern zum Randproblem. Vorstufen dieser Entwicklung sind bereits zu beobachten: Die Staaten stornieren Bestellungen. Nicht nur der Export, auch der Technologietransfer in die neuen Absatzmärkte nimmt zu. Europäische Firmen kaufen sich verstärkt in diese Märkte ein.

In der dritten Welle in zehn bis 20 Jahren werden die Folgen bei Forschung und Entwicklung (F&E) sichtbar. Europa wird seine technologische Führungsposition Stück um Stück preisgeben müssen, weil immer weniger neue Technologien für die verteidigungsindustrielle Verwendung entwickelt werden. F&E-Investitionen sind anders als die Mittel für Rüstung oder Personal nicht langfristig in den zukünftigen Verteidigungshaushalten gebunden. Darum dürften sie kurzfristig auftauchenden Sparzwängen leichter zum Opfer fallen.

### **Königsweg Pooling und Sharing?**

Als Königsweg aus dieser Verteidigungskrise präsentieren die EU-Hauptstädte derzeit »Pooling und Sharing« (P&S). Hinter dem Begriff verstecken sich unterschiedliche Formen der Verteidigungskooperation.

**Sharing:** Ein oder mehrere Länder stellen den Partnern eine Fähigkeit oder Ausrüstung (etwa Transportflugzeuge) zur Verfügung oder übernehmen eine Aufgabe für andere. Geschieht dies dauerhaft, können die Partner diese Fähigkeit einsparen. Beispielsweise überwacht Deutschland den Seeraum über der Nordsee und entlastet damit die Niederlande. Im Baltikum übernehmen die NATO-Staaten abwechselnd den Schutz des Luftraums (Air Policing), so dass die baltischen Staaten die Kosten für eine eigene Luftwaffe sparen können.

**Pooling:** Auch in diesem Fall werden nationale Fähigkeiten anderen zur Verfügung gestellt. Dafür wird eigens eine multinationale Struktur eingerichtet, die diese Beiträge zusammenfasst und ihren Einsatz koordiniert, ein Beispiel ist das European Air Transport Command.

Pooling kann bei der Entwicklung gemeinsamer Geräte stattfinden, bei deren Beschaffung und späterem Betrieb. So lassen sich entweder größere Stückzahlen erreichen oder es kann eine Fähigkeit gemeinsam beschafft werden, die ein Staat aufgrund hoher Kosten allein nicht bereitstellen könnte. Beispiele für gemeinsame Anschaffung und Betrieb sind die AWACS-Radarflugzeuge oder die Kommandostrukturen der NATO.

Die EU-Staaten haben mit ihrem Ratsbeschluss vom Dezember 2010 Pooling und Sharing als Lösung deklariert, mit der sie Geld sparen und die militärische Effizienz ihrer Einsatzmittel steigern wollen. Die NATO verfolgt unter dem Etikett »smart defense« ähnliche Ziele. Bislang ist P&S nur ein neues Schlagwort für die seit langem praktizierte Verteidigungskooperation der EU- und NATO-Staaten. Derzeit existieren etwa 100 Projekte. Bei rund 20 Prozent handelt es sich um bilaterale Kooperationen; bei 60 Prozent sind fünf oder weniger Partner beteiligt. Dieser Flickenteppich resultiert daraus, dass die Staaten unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Gegenstand von P&S sein kann. Selten jedoch ist Sparen ein Anlass gewesen. Es ging darum, Ausrüstung (etwa Panzer) gemeinsam zu nutzen oder eine besondere Fähigkeitslücke zu schließen, was sich nur gemeinsam bewerkstelligen ließ, wie beim Lufttransport. Andere Faktoren müssen hinzukommen, etwa ähnliche strategische Kultur, regionale Nähe, ähnliche Größe des Landes und der Streitkräfte, gleiches Verständnis von den Kooperationszielen, Vertrauen und Solidarität unter den Part-

nern sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Verteidigungsindustrien.

Seit 2010 erleben bi- und multilaterale P&S-Initiativen unter den EU-Staaten eine Renaissance. Die wichtigsten sind der Franko-Britische Verteidigungspakt, die Kooperation der Visegrádstaaten (Visegrád-Vier), das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) und der Gent-Prozess. Wirklich neu ist nur der Gent-Prozess, an dem alle EU-Staaten teilnehmen. Bislang bieten diese Initiativen ein disparates Bild: Ziele und Anzahl der Teilnehmer variieren stark. Trotz einiger Lichtblicke etwa bei der Luftbetankung sind die Ergebnisse unbefriedigend und dem Ausmaß der Probleme nicht angemessen. Zudem dienen die Aktivitäten häufig nicht dazu, eine gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit zu bewahren, sondern sind auf nationale Ziele ausgerichtet. Die Debatte beschränkt sich infolgedessen auf wenige militärische Fähigkeiten. Manche Initiativen duplizieren oder blockieren sich: Der Franko-Britische Verteidigungspakt dupliziert ein Projekt der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) zur Minenbekämpfung. Um diesen Pakt nicht zu gefährden, steigt Paris aus dem Projekt zur Bildung eines EU-Hauptquartiers aus, während Italien als Reaktion auf denselben Pakt ein bilaterales Abkommen mit Deutschland schließt, um bei unbemannten Luftfahrzeugen (UAVs) den industriellen Anschluss nicht zu verlieren.

Drei Themen werden konsequent ausgeklammert: Rollenspezialisierung, Rüstungsindustrie und zusätzliche Investitionen.

Rollenspezialisierung erfordert die Aufgabe bestimmter Fähigkeiten und die Konzentration auf einige wenige. Viele europäische Staaten lehnen dies ab, aus Furcht vor gegenseitiger Abhängigkeit. Dennoch findet diese Rollenspezialisierung bereits statt. Unfreiwillig, unkoordiniert und mit erheblichen Folgen für die Handlungsfähigkeit aller Partner. Mit der Abschaffung ihrer Kampfpanzer 2011 haben sich nicht nur die Niederlande spezialisiert. Auch Deutschland und Frankreich sind unfreiwillig zu Rollenspezialisten geworden, weil sie nun als einzige signifikante Kampfpanzer-Arsenale besitzen. Mittelfristig kann über das Poolen bei Beschaffung gleichen Materials der Abbau überflüssiger und kostspieliger Industriestrukturen angestoßen werden. Dieser Abbau muss jedoch gesteuert werden, damit es nicht ähnlich wie bei den Fähigkeiten zu einer ungewollten Spezialisierung kommt

und man kritische und seltene industrielle Fähigkeiten einbüßt. P&S kann zwar den Verfall bestehender Fähigkeiten bremsen. Doch kann man nur teilen, was man hat. In ganz Europa vorhandene Lücken, etwa bei der Aufklärung, lassen sich lediglich mit zusätzlichen Investitionen schließen. Wie groß diese Lücken sind, hat der Libyen-Einsatz der Nato 2011 verdeutlicht.

Der entscheidende Unterschied zwischen der Verteidigungskooperation, wie die Staaten sie bislang betrieben haben, und dem nun propagierten P&S liegt in der Vorgabe, dass P&S vor allem dem Sparen dienen soll. Dabei verhindern die Staaten ein höheres Maß an ökonomischer Effizienz und militärischer Effektivität, indem sie an dem Anspruch festhalten, allein über die Belange ihrer Streitkräfte zu entscheiden. Bei einem Mehr an Gemeinsamkeit fürchten alle Partner drei »Multilateralismusfallen«: in einem Einsatz allein gelassen zu werden, weil ein Partner seine Truppen zurückzieht; nicht in den Einsatz gehen zu können, weil ein Partner mit wichtigen Fähigkeiten nicht teilnimmt; als Teil der Gemeinschaft jenen das Trittbrettfahren zu ermöglichen, die keine eigenen Beiträge zur Sicherheit leisten. Diese Ängste sind zum Teil jedoch vorgeschoben. In diesen »Fallen« sitzen EU und NATO seit zwanzig Jahren und arrangieren sich damit: Balkan, Afghanistan, Libyen – keinen dieser Einsätze hätte ein Staat allein bewältigen können. Die Kooperation funktioniert mittlerweile trotz nationaler Einsatzvorbehalte und fehlender strategischer Gemeinsamkeiten, die so oft attestiert werden.

### Für einen umfassenden Ansatz bei P&S

P&S ist kein Allheilmittel, aber ein notwendiger Pfeiler zukünftiger europäischer Verteidigung. Flankierende Maßnahmen sind notwendig, um die derzeit stattfindenden Rollenspezialisierungen und zusätzlichen Investitionen in die Erwerbung fehlender Fähigkeiten so zu gestalten, dass die Staaten eine europäische Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten können. P&S kann nur zu Lösungen beitragen, wenn die Staaten bereit sind, den Vorrang politischer Souveränität vor militärischer Effektivität und ökonomischer Effizienz zu überdenken. Konkret müssen sie sich im Hinblick auf zukünftige P&S-Projekte drei Fragen stellen: Unter welchen Bedingungen vertrauen sie einem Kooperationspartner und in welchem Maße können sie ihren Anspruch auf Alleinentscheidung im Interesse der Verteidigungsbedürfnisse anderer

einschränken? Ist die Kooperation militärisch effektiv? Ermöglicht sie Einsparungen?

Darüber hinaus müssen die Staaten der kontraproduktiven Vielfalt an Kooperationsprojekten einen gemeinsamen Rahmen geben, um den politischen, militärischen und ökonomischen Mehrwert der P&S-Initiativen zur Geltung zu bringen.

*Ein ständiger Europäischer Rat zu Verteidigungsthemen:* Europa muss sich festlegen: Wie soll die europäische Verteidigungsfähigkeit aussehen und welche industrielle Basis wird für die angestrebte Fähigkeit benötigt? Weil die Europäer in den nächsten zwanzig Jahren wohl noch häufiger gemeinsam militärisch aktiv werden, sollten die derzeitigen nationalen Reformen, Pläne und P&S-Projekte primär gemeinsame Einsätze gewährleisten. Folglich sind effiziente europäische Streitkräfte anzustreben – statt wie bislang nationalen Plänen den Vorzug zu geben. Diese Prioritäten können nur die Staats- und Regierungschefs setzen, mit einem Beschluss, der ihre Verteidigungs-, Außen- und Finanzminister auf konkrete Ziele verpflichtet; die erreichten Erfolge wären jährlich zu überprüfen.

*Ein gemeinsames Fähigkeitsraster als Grundlage für Rollenspezialisierung und Kooperation:* Aus der Prioritätensetzung der Staatschefs lässt sich ein europäisches Fähigkeitsraster ableiten, das Auskunft über den sinnvollen Auf- und Abbau von Fähigkeiten gibt. Hiermit und mit präventiver Abstimmung könnte Europa weiteren Kahlschlag vermeiden.

*Misstrauen überwinden:* Einem Mangel an Vertrauen lässt sich auf zwei Wegen abhelfen: Die Staaten können rechtsverbindliche Verträge über die Bereitstellung von Fähigkeiten schließen, wie das etwa beim Franko-Britischen Verteidigungspakt der Fall ist. Oder sie kompensieren die Möglichkeit, dass ein Partner ausfällt, mit Redundanzen ihrer militärischen Fähigkeiten. Das Ausbleiben oder der Rückzug beispielsweise einiger Flugzeuge darf nicht zum Zusammenbruch der europäischen Lufttransportfähigkeit führen. Partner, die sich zurückziehen, könnten sich verpflichten, als Ausgleich mit ihren Maschinen Routineaufgaben zu übernehmen. Damit würden sie jene entlasten, die ihre Flugzeuge in den Einsatz senden möchten.

*Preisschilder:* Wer sparen möchte, muss zunächst wissen, wie viel er ausgibt. Die Sparerfolge, die

P&S zugeschrieben werden, sind meist nicht belegbar. Auch die Kosten der Nicht-Kooperation sind schwer zu beziffern. Jede Leistung, die in den Streitkräften Europas oder von ihnen erbracht wird, braucht deshalb ein Preisschild. Die Ermittlung von Preisen ist zwar schwierig, aber nicht unmöglich. Die NATO hat bereits eine Liste von Einsparungen durch P&S-Projekte vorgelegt.

*Industrielle Sparpotentiale nutzen:* Die bisherigen Projekte zielen vor allem auf schnelle Erfolge von P&S, um eine positive Grundstimmung zu erzeugen. Die wirklichen Spareffekte liegen aber im dauerhaften Engagement und in Gemeinsamkeit. Dafür müssen die Staaten die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und den Rüstungsprozess aufeinander abstimmen. Dies beginnt bei den stark rückläufigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und setzt sich über gemeinsame Beschaffung gleicher Ausrüstung fort. So kann auch das erhebliche Sparpotential bei den nationalen Kapazitäten der Rüstungsindustrien Europas selbst erschlossen werden. Umgekehrt ergeben sich aus den Stärken und Spezialisierungen der einzelnen nationalen Hersteller und Zulieferer Ansatzpunkte für eine künftige industrielle Arbeitsteilung in Europa.

*Gemeinsame (Re-)Investitionspools als Anreiz zum kooperativen Sparen:* Die Finanz- und Verteidigungsminister der EU sollten als Anreiz, um beim Schließen gemeinsamer Lücken zu europäischen Lösungen zu kommen, einen gemeinsamen Investitionspool schaffen, gespeist aus eingesparten Verteidigungsmitteln. Der Pool sollte den Staaten für gemeinsame Projekte zur Verfügung stehen – unter der Voraussetzung, dass sie Eigenanteile in gleicher Höhe beisteuern und die Projekte zu Einsparungen führen. Im Vergleich zu individuellen Beschaffungen stünde den EU-Verteidigungsministern dann die doppelte Summe zur Verfügung. Dafür müssten sie sich jedoch auf gemeinsame Beschaffungen einigen. Die Einsparungen aus diesen Projekten sollten in den Pool zurückfließen, die höhere Effizienz im Betrieb käme den Staaten zugute. Diese langfristig effizientere Nutzung der Verteidigungshaushalte könnte gegenüber den Finanzministern als Argument dienen, um sie zur Freigabe entsprechender Mittel zu bewegen. Das Startkapital sollte von jenen Staaten als zinsloses Darlehen vorgestreckt werden, die von dem Investitionspool politisch und militärisch-industriell in besonderem Maße profitieren: Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

## Nächste Gelegenheit zu handeln: EU Rat zum Thema Verteidigung 2013

Der verteidigungsökonomische Imperativ zwingt die Staaten Europas, das Wechselverhältnis zwischen politischer Souveränität, militärischer Effektivität und ökonomischer Effizienz radikal neu zu bewerten. Das Mandat zu einer solchen systematischen und gemeinsamen Revision sollten die Staats- und Regierungschefs sich selbst und ihren Außen-, Verteidigungs- und Finanzministern geben. Die nächste Gelegenheit hierfür bietet der Rat der EU der in 2013, zum ersten Mal seit die Finanzkrise die Verteidigungspolitik erreicht hat, über die Folgen dieses unseligen Zusammentreffens beraten soll. Wenn die Staaten sich dieses Mandat nicht geben und sich so in die Lage versetzen, auf einer gemeinsamen Analyse aufbauend ihre Entschlüsse in der EU zu Pooling und Sharing und in NATO zu Smart Defense zu untermauern und mit klaren Vorstellungen die Dringlichkeit und die Handlungsfelder zu konkretisieren, dann werden nach den Verteidigungsministern in wenigen Jahren die Finanzminister die Armeen übernehmen – als Konkursverwalter.

*Dr. Christian Mölling, wiss. Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er arbeitet zur Verteidigungs- und Rüstungspolitik in Europa.*

*\* Dieser Beitrag basiert auf zwei früheren Artikeln: Pooling and Sharing in the EU and NATO: European Defence Needs Political Commitment rather than Technocratic Solutions SWP Comments 2012/C 18, June 2012, and Europe without Defence. The States of Europe Have to Re-evaluate the Interrelationship between Political Sovereignty, Military Effectiveness and Economic Efficiency. SWP Comments 2011/C 38, November 2011.*

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6  
A-2344 Maria Enzersdorf  
Tel. +43 (0)2236 411 96  
Fax. +43 (0)2236 411 96-9  
E-Mail: office@aies.at  
www.aies.at

Layout: AGENCY Medienbüro Patrick Meyer